

Gemeinsam MUTig

Arbeitsmarkt: Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für migrierte und geflüchtete Frauen und deren Nachkommen

Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für migrierte und geflüchtete Frauen und deren Nachkommen

- 1. Welche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen plant Ihre Partei?*
- 2. Inwiefern planen Sie diese in Bezug auf Deutschkurse, Kinderbetreuung, Qualifizierung und Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen?*

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir Freie Demokraten wollen zur Verbesserung der Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen mehrere Maßnahmen umsetzen. Wir erkennen, dass es für die Integration in den Arbeitsmarkt eine frühzeitige und effektive Beherrschung der deutschen Sprache bedarf. Wir werden daher ein breites und gut zugängliches Angebot an Deutschkursen sicherstellen. Dies umfasst niederschwellige Sprachangebote, eventuell Sprachtandems und die Förderung von Sprachlern-Apps. Unsere Gesellschaft sollte ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der deutschen Sprache schaffen, und wir werden Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass diese Angebote auch von allen, die sie benötigen, wahrgenommen werden.

Daneben wollen wir die Arbeitsmarktpartizipation von geflüchteten und migrierten Frauen erleichtern. Dazu benötigen wir die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das beinhaltet den Ausbau von Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen, um Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.

Außerdem sehen wir Handlungsbedarf bei der Förderung von gezielten Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere für Frauen, um ihre beruflichen Fähigkeiten und Chancen zu verbessern. Dies kann durch gezielte Weiterbildungen und berufliche Schulungen erfolgen.

Für die Anpassung der Qualifikationen an die deutschen Standards, fordern wir eine flexiblere Gestaltung und Prüfung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen – nicht zuletzt um zu prüfen, ob ergänzende Weiterbildungen für die Ausübung des Berufs notwendig sind. Wir werden sicherstellen, dass der Prozess der Anerkennung transparent, zugänglich und effizient ist, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Grundsätzlich wollen wir Barrieren reduzieren und geflüchteten sowie migrierten Frauen, die notwendige Unterstützung für einen erfolgreichen Arbeitsmarkteinstieg zu bieten. Dadurch wird nicht nur ihre Integration verbessert, sondern auch zur Vielfalt und Stärkung unserer Gesellschaft beigetragen.

Gender and Migration Pay Gap

- 1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei um den Gender and Migration Pay Gap durch spezifische Maßnahmen für Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte zu schließen?*
- 2. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Altersarmut, von welcher Frauen, insbesondere geflüchtete und migrierte Frauen betroffen sind, entgegenwirken?*

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir Freie Demokraten wollen die Arbeits- und Einkommenssituation von Frauen verbessern. Wir glauben, dass gleiche Chancen für Frauen überfällig sind, und dass die finanzielle Unabhängigkeit der Schlüssel zur echten Gleichstellung ist. Dazu setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen in Hessen ein. Wir fordern außerdem gleiche Bezahlung für gleiche Leistung und unterstützen alle Initiativen, die die Verhandlungsstärke von Frauen in Bezug auf ihr Gehalt verbessern. Außerdem setzen wir uns für die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes ein, um die Arbeitszeit im Verlauf eines Arbeitstages für Familienzeiten unterbrechen zu können. Darüber hinaus wollen wir

Unternehmen für die Potenziale von Vielfalt sensibilisieren und die Umsetzung von Best-Practice-Beispielen unterstützen.

Wir sind fest entschlossen, der Altersarmut, auch bei geflüchteten und migrierten Frauen, entgegenzuwirken. Wir werden die Bedeutung der Familienarbeit anerkennen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und gleiche Bezahlung für gleiche Leistung fördern. Unsere Vision ist eine gerechte und gleichberechtigte Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben und ihre beruflichen und familiären Verpflichtungen miteinander vereinbaren können.

Bildung

1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Thema interkulturelle Vielfalt durch Aktualisierung der Schulbücher, Lehrmittel und der Einbeziehung anderer Unterrichtssprachen in die Lehrpläne einzuführen?

Wir Freie Demokraten setzen uns in allen Bereichen für eine Politik ein, die Diskriminierung von Menschen endgültig überwindet und Vielfalt als Chance begreift. Dies gilt mit Blick auf alle Formen von Diskriminierung, sei es nicht zuletzt aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität oder einer Behinderung.

Die Überarbeitung von Schulbüchern und Lehrmitteln ist zuvorderst eine Frage der Verlage und weiterer Anbieter. Gleichwohl wollen wir das Thema interkulturelle Vielfalt im Kontext Schule insgesamt stärker verankern, beispielsweise durch die Berücksichtigung bei der Überarbeitung von Kerncurricula, einer stärkeren Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern und der Entwicklung von gesonderten Programmen und Projekten.

Mehrsprachigkeit verstehen wir als Ressource, die es zu fördern gilt. Zugewanderte Schülerinnen und Schüler bringen ihre Herkunftssprache als Kompetenz mit. Diese Kompetenz wird insbesondere durch den herkunftssprachlichen Unterricht gestärkt. Die weitere Förderung und Ausweitung des herkunftssprachlichen Unterrichts halten wir für sinnvoll, wollen aber prüfen, wie dieser zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann.

Darüber hinaus wollen wir die Erweiterung des Fremdsprachenkatalogs um wichtige Herkunftssprachen wie Türkisch und Griechisch prüfen.

2. Was unternimmt Ihre Partei, um Fördergelder im Bereich Digitalisierung für benachteiligte Kinder auf unbürokratischem und effizientem Wege bereitzustellen (beispielsweise für die Verteilung und Installierung von technischem Equipment)?

Wir Freie Demokraten halten die Stärkung der digitalen Bildung für unverzichtbar. Sie muss bereits in den Kindertagesstätten beginnen, denn Kinder kommen von klein auf mit digitalen Medien in Berührung. Durch gute digitale Bildung in Kindertagesstätten und Grundschulen können eine sogenannte digitale Spaltung vermieden und mehr Kinder für MINT begeistert werden.

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass jede Schülerin und jeder Schüler ein angemessenes digitales Endgerät nutzen können muss, um an allen Unterrichtsformen teilnehmen zu können. Dies gilt insbesondere auch für benachteiligte Kinder und Jugendliche, denen unbürokratisch ein hochwertiges Endgerät zur Verfügung gestellt werden muss. Wir wollen dafür ein Konzept entwickeln, das „Bring your own device“ mit einem ausreichend großen Pool an Leihgeräten verknüpft. Die Ausstattung der Schulen mit einem nachhaltigen IT-Supportkonzept muss sichergestellt und mit ausreichend Ressourcen hinterlegt sein.

Da die Schulen die Situation vor Ort am besten kennen, wollen wir dabei die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel einsetzen können.

Frauen: Verbesserung und Ausbau der Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene migrierte Frauen

1. Welche Maßnahmen plant ihre Partei, um Zugänge zu Frauenhäusern und Beratungsstellen für migrierte und geflüchtete Frauen zu erleichtern? Was ist Ihre Position zur Wohnsitzauflage zu Hause wie Laptops, WLAN etc.)?

2. Welche Verbesserungen planen Sie für die Ausstattung von Frauenhäusern? Planen Sie z.B. eine bedarfsgerechte Aufstockung von Betten für alle Frauen in den Frauenhäusern, auch für Frauen, die mehrere Kinder mitbringen? Wie wollen Sie das umsetzen?

3. Welchen Maßnahmenplan für den Ausbau der Beratungsstellen in ländlichen Regionen erarbeitet Ihre Partei?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir Freie Demokraten wollen eine Verbesserung des Zugangs zu Frauenhäusern und Beratungsstellen. Wir sind der Ansicht, dass alle Frauen, unabhängig von ihrer Herkunft, in Notsituationen angemessene Unterstützung erhalten sollten. Dazu werden wir Maßnahmen ergreifen, um den Zugang für migrierte und geflüchtete Frauen zu Frauenhäusern und Beratungsstellen zu erleichtern. Dazu gehören die Bereitstellung von Übersetzern und Dolmetschern sowie die Schaffung kultursensibler Räume.

Wir planen außerdem eine bedarfsgerechte Aufstockung von Kapazitäten in Frauenhäusern, um alle Frauen, einschließlich solcher mit Kindern, angemessen unterzubringen. Dies werden wir durch die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel erreichen. Daneben wollen wir einen Maßnahmenplan erarbeiten, um die Verfügbarkeit von Beratungsstellen auch im ländlichen Regionen zu verbessern. Das beinhaltet auch den Einsatz digitaler Beratungsangebote sowie den Ausbau von Videodolmetschern, um bestehende Versorgungslücken zu schließen.

Zusätzlich ist eine dauerhaft abgesicherte Finanzierung von Fachberatungsstellen unerlässlich. Daher wollen wir eine gesetzliche Verankerung in Hessen vorantreiben und einen Dialog mit den Trägern führen, um die Bedarfe zu ermitteln und zu erfüllen.

Um ebenfalls die Unterstützung von gewaltbetroffenen Frauen mit Behinderung zu verbessern, wollen wir gezielte Maßnahmen einführen, darunter spezialisierte Beratungsangebote und Schulungen für Fachberatungsstellen. Zusätzlich werden wir erfolgreiche Best-Practice-Beispiele finanziell besser ausstatten und Maßnahmen ergreifen, um sie dauerhaft in die Fläche zu bringen. Das umfasst Aufklärung und Prävention in Bildungseinrichtungen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zur Täterarbeit. Unser Ziel ist es, Frauen in Not umfassende Unterstützung und Schutz zu bieten, unabhängig von ihrer Herkunft oder persönlichen Umständen.

Gesundheit

Ganzheitliche Gesundheitsversorgung für migrierte Frauen und Frauen mit Fluchtgeschichte

1. Wie planen Sie den Zugang zum Gesundheitssystem für migrierte Frauen tatsächlich zu gewährleisten?

2. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Vorsorge, Hebammen und Beratungsangeboten für geflüchtete Frauen in Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen?

3. Wie werden Sie einen einheitlichen Zugang zum Gesundheitssystem für geflüchtete Menschen ohne gültige Papiere z. B. durch die Einführung eines anonymen Krankenscheins sicherstellen?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Als Freie Demokraten schätzen wir die derzeitigen Regelungen für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden in Deutschland als angemessen ein. Die bestehende Krankenversicherungsstruktur gewährleistet, dass Menschen, die Asyl suchen und zu Beginn über keine eigene Krankenversicherung verfügen, dennoch Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung erhalten. Dies erfolgt durch staatliche Stellen wie das Sozialamt oder das Gesundheitsamt. Die derzeitigen Regelungen sehen vor, dass Asylsuchende ärztliche Untersuchungen und Behandlungen erhalten, wenn sie akut erkranken, unter Schmerzen leiden oder schwanger sind. Dies stellt sicher, dass die Gesundheit und das Wohlbefinden dieser Menschen geschützt werden. Darüber hinaus werden Schutzimpfungen und medizinisch erforderliche Vorsorgeuntersuchungen angeboten, um Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung zu gewährleisten.

Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und dem Gesundheitswesen ermöglicht eine effektive Versorgung der Asylsuchenden und stellt sicher, dass ihre Gesundheitsbedürfnisse erfüllt werden. Wir sind der Ansicht, dass die bestehenden Regelungen bereits eine gute Grundlage für die medizinische Versorgung von Asylsuchenden bieten und keine grundlegenden Änderungen erforderlich sind. Wir unterstützen weiterhin die Gewährleistung eines angemessenen Zugangs zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen, unabhängig von ihrem Migrationsstatus.

Wir werden eine umfassende Digitalstrategie für das hessische Gesundheitswesen entwickeln, um auch den Zugang für migrierte Frauen zu erleichtern. Diese Strategie wird die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Gesundheitsleistungen zu vereinfachen, einschließlich der Möglichkeit, Arzttermine schnell und unkompliziert online zu buchen.

Darüber hinaus werden wir die Telemedizin und eHealth weiter ausbauen, um den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Vorsorgeuntersuchungen, Hebammenleistungen und Beratungsangeboten für geflüchtete Frauen zu verbessern. Das soll dazu beitragen, Versorgungslücken zu schließen, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Um einen einheitlichen Zugang zum Gesundheitssystem für geflüchtete Menschen ohne gültige Papiere sicherzustellen, werden wir die Möglichkeit einer anonymen Krankenkarte prüfen. Diese innovative Lösung ermöglicht es, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, ohne Angst vor rechtlichen Konsequenzen haben zu müssen.

Weiterbildung des medizinischen Personals

1. Inwiefern planen Sie ein Diversitäts-Modul in den verschiedenen Gesundheitsausbildungen und Studiengängen vor?

2. Inwiefern planen Sie Schulungskonzepte für bereits praktizierendes Personal im Gesundheitswesen zu oben genannten Themen?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir erkennen die Bedeutung von Diversität und Sensibilisierung im Gesundheitswesen voll und ganz an. Um sicherzustellen, dass diese Aspekte angemessen berücksichtigt werden, halten wir es für wichtig, zunächst eine umfassende Prüfung durchzuführen. Dabei sollten Experten und Vertreterinnen und Vertreter des Gesundheitswesens eingebunden werden, um die besten Ansätze für die Integration eines Diversitäts-Moduls in Gesundheitsausbildungen und -studien sowie Schulungskonzepte für bereits praktizierendes Personal zu ermitteln. Diese Evaluierung wird sicherstellen, dass die geplanten Maßnahmen effektiv und praxisnah sind, um die Qualität der Versorgung und den Zugang zum Gesundheitssystem für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Politische Teilhabe für migrierte Frauen und deren Nachkommen

1. Sind Sie für Parität und Diversität in den Parlamenten? Falls ja, wie wollen Sie die Parität und Diversität im Parlament erreichen?

2. Wie positionieren Sie sich zur Forderung nach verpflichtender geschlechtergerechter und diverser Besetzung der Wahllisten von Parteien?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir setzen uns für Chancengleichheit und Vielfalt in der Politik ein. Bei der Besetzung von Wahllisten bevorzugen wir flexible Ansätze, anstatt verpflichtende Quoten einzuführen. Unser Ziel ist es, qualifizierte Menschen unabhängig von Geschlecht oder anderen Merkmalen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren.

3. Welche Fördermaßnahmen für die politische Teilhabe von migrierten Frauen & deren Nachkommen haben Sie geplant? Welche interkulturellen Öffnungsprozesse in Institutionen erarbeiten Sie?

4. Wie stehen Sie zum uneingeschränkten Wahlrecht für alle?

5. Wollen Sie sich für ein uneingeschränktes Wahlrecht auf Kommunal-/ Landesebene für alle ab einer bestimmten Aufenthaltsdauer (z. B. 2 Jahre) einsetzen?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Aktuell halten wir die bestehenden Regelungen für angemessen, um die politische Teilhabe zu gewährleisten. Wir sind jedoch offen für Diskussionen und Überlegungen zur Verbesserung und Anpassung dieser Regelungen. Wir sind bereit, diese Fragen in die politische Debatte einzubringen und gemeinsam mit anderen Parteien und Interessenvertretern Lösungen zu erörtern, die die politische Teilhabe für alle stärken können. Unser grundsätzliches Ziel ist es, eine inklusive und vielfältige politische Landschaft zu fördern, in der niemand aufgrund seiner Herkunft benachteiligt wird.

Intersektionale Gleichstellungspolitik

1. Welche Maßnahmen sehen Sie vor, um Angestellte im öffentlichen Dienst in den Ausländerbehörden, im Jobcenter, usw. für das Thema intersektionale Diskriminierung zu sensibilisieren?
2. Wie planen Sie, das Thema Antirassismus in der Gleichstellungspolitik stärker einzubinden?
3. Bis wann werden Sie alle bestehenden Gleichstellungsgesetze auf die Öffnung für intersektionale Diskriminierungstatbestände hin überprüft haben?
4. Welche Ressourcen sehen Sie für Migrantinnenselbstorganisationen vor und wie wollen Sie diese im Bereich der Gleichstellung einbinden?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet:

Wir Freie Demokraten halten es für sinnvoll für die Bereiche Sensibilisierungsmaßnahmen zu erarbeiten. Diese können dazu beitragen, das Bewusstsein für die verschiedenen Aspekte von Diskriminierung und Ungleichheit zu schärfen und die Bereitschaft zur Bekämpfung der Probleme zu stärken. Sensibilisierungsmaßnahmen sind ein wichtiges Instrument, um eine inklusivere und gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Neben Sensibilisierungsmaßnahmen können spezifische Schulungen zur Bekämpfung von Rassismus eingeführt werden. Diese Schulungen sollen nicht nur auf theoretischem Wissen einbeziehen, sondern auch praktische Fähigkeiten zur Identifizierung und Bewältigung von rassistischem Verhalten vermitteln.

Die Einrichtung von vertraulichen und sicheren Kanälen zur Meldung von Diskriminierung und Rassismus am Arbeitsplatz oder in öffentlichen Diensten ist eine weitere wichtige Maßnahme. Das ermöglicht betroffenen Personen, ihre Erfahrungen ohne Angst vor Repressalien zu teilen.

FDP:

Zu Migration und Arbeitsmarkt: Wollen Sie eine berufliche Perspektive für alle Menschen unabhängig von der Bleibeperspektive schaffen und sofort und unbürokratisch die Erlaubnis, Arbeit aufzunehmen, einführen?

Wie wollen sie diese Maßnahme mit Familie und Beruf vereinbaren?

Ja, wir Freie Demokraten wollen eine berufliche Perspektive für alle Menschen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive schaffen. Wir befürworten die sofortige und unbürokratische Erlaubnis zur Arbeit für jeden Neuankömmling. Wir sehen außerdem die Notwendigkeit, ausländische Qualifikationen schneller anzuerkennen und gegebenenfalls Weiterbildungen zu ermöglichen, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Unsere politische Agenda zielt darauf ab, die beruflichen Perspektiven für Migranten zu stärken und ihre Integration in die deutsche Gesellschaft zu fördern.

Sie wollen die Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auch auf Landesebene schnell, umfassend und wirksam fordern. Welche Vorschläge zur einer umfassenden Umsetzung haben Sie?4

Wir Freie Demokraten fordern mehr Maßnahmen für die Umsetzung der Istanbul-Konvention. Aufklärung und Prävention, beispielsweise mit Blick auf die Nutzung gewaltfreier Kommunikation, Gewaltprävention und/oder Aufklärung über Kinderrechte sollten schon in Kindertagesstätten und Schulen beginnen und flächendeckend verankert werden. Es braucht

einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze in Frauenhäuser. Hierfür müssen ausreichend Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Auch besondere Situationen, wie beispielsweise die von Mütter mit älteren Söhnen, werden derzeit noch nicht bedarfsgerecht abgedeckt. Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht notwendig, über beratende Stellen besser aufzuklären. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder sollte intensiviert und eine präventive und repressive Täterarbeit ausgebaut und institutionalisiert werden. Ein weiterer Baustein ist der Ausbau digitaler Beratungsangebote, insbesondere um Menschen im ländlichen Raum erreichen und Versorgungslücken schließen zu können. Außerdem lassen sich durch den Einsatz von Videodolmetschern und Videodolmetschern bestimmte Gruppen besser erreichen als bisher. Auch ihren Einsatz wollen wir Freie Demokraten ausbauen.